

Inhaltsverzeichnis

Einführung	12
A. Grundlagen	16
§ 1 <i>Entwicklung der Bestimmungen über den Betriebsbeauftragten</i>	16
I. Entstehungsgeschichte	16
II. Vergleichbare Regelungen in anderen Bereichen	17
1) Legislative Vorbilder	17
2) Sonstige verwandte Regelungen	19
3) Abzugrenzende Erscheinungsformen	20
§ 2 <i>Gesetzliche Regelung und ihre Umsetzung</i>	22
I. Pflicht zur Bestellung	22
1) Gesetzliche Grundlagen	22
a) Generelle Bestellungspflicht	22
b) Bestellungspflicht infolge Einzelfallanordnung	23
2) Durchsetzung der Bestellungspflicht	24
3) Rechtsschutz	25
4) Stellung bereits eingesetzter Betriebsbeauftragter	25
II. Gesetzliche Funktionen des Betriebsbeauftragten	25
1) Einteilung	25
a) Initiativfunktion einschließlich der Abgabe von Stellungnahmen	26
b) Kontrollfunktion	27
c) Aufklärungsfunktion	27
d) Aufzeichnungs- und Berichtspflichten	28
e) Repräsentationsfunktion	30
2) Konkretisierung oder Veränderung der Aufgabenfelder	30
III. Pflichten des Betreibers	31
1) Vornahme des Bestellungsakts und dessen Bekanntgabe	31
2) Betriebliche Organisation	32
a) Koordinierung	32
b) Einräumung eines Vortragsrechts	33
3) Einholung von Stellungnahmen zu Investitionsentscheidungen	35
4) Unterstützungspflicht	36
5) Pflicht zur sachlichen Prüfung, Umsetzung und Begründung	38
6) Staatliche Überwachung und Durchsetzung	39
7) Schutz des Betriebsbeauftragten	40
IV. Anforderungen an die Bestellung	40

1) Voraussetzungen in der Person des Betriebsbeauftragten	40
a) Fachliche Qualifikation	40
b) Persönliche Eignung	41
c) Prüfung der Eignung	42
2) Mehrfachbeauftragung	42
3) Einordnung in das Unternehmen	43
a) Einstufung in der Unternehmenshierarchie	44
b) Inkompatibilitäten	45
(1) Zulässigkeit der Selbstbestellung	45
(2) Mitglied der Geschäftsführung	47
(3) Übertragung von Entscheidungskompetenzen	47
(4) Einschränkungen	49
c) Betriebszugehörigkeit	50
(1) Externer Beauftragter	50
(2) Juristische Personen	52
4) Überwachung	52
V. Gesetzliche Motive und Leitbild für den Betriebsbeauftragten	53
VI. Tatsächliches Erscheinungsbild	57
1) Generelle Etablierung des Instituts	57
2) Qualifikation	57
3) Betriebliche Einordnung	58
4) Aufgabenschwerpunkt	59
5) Verhältnis zur Geschäftsleitung und Einfluß auf innerbetriebliche Entscheidungsvorgänge	61
B. Vertretung von Umweltschutzinteressen im Unternehmen	64
<i>§ 3 Umweltschutzbeauftragte als Institut der Unternehmensverfassung</i>	64
I. Diskussionsstand	64
II. Konzepte nach dem interessenpluralistischen Modell	65
1) Verschiedene Ansätze	65
2) Würdigung	69
a) Einheitlicher Grundansatz	69
b) Verschiedene Konsequenzen	71
3) Qualifizierung des Betriebsbeauftragten	78
<i>§ 4 Statthaftigkeit der Institutionalisierung der Betriebsbeauftragten</i>	81
I. Berufsfreiheit	81
II. Eigentumsschutz	81
III. Rechtfertigung der Beeinträchtigung	84
1) Verfassungsrechtliche Anforderungen	84

2) Begründung	85
a) Ausgangslage	85
b) Veränderte Bedingungen	87
(1) Stärkung des Umweltbewußtseins	87
(2) Anpassung an moderne Formen der Unternehmensorganisation	91
(a) Veränderungen	91
(b) Fortbestehende Legitimation	93
<i>§ 5 Recht- und Pflichtengefüge</i>	97
I. Verhältnis zwischen Staat und Betreiber	97
II. Verhältnis zwischen Staat und Betriebsbeauftragtem	98
III. Verhältnis zwischen Betreiber und Betriebsbeauftragtem	100
1) Bestellsungsakt	100
a) Rechtsnatur	100
b) Form und Mitwirkungserfordernisse	101
(1) Inhalt, Form, Vertretung	101
(2) Zustimmung, Übergabe	102
(3) Anzeige, Unterrichtung	104
2) Einwirkung des Gesetzes auf das Grundverhältnis	105
3) Verhältnis zwischen Bestellsungsakt und Grundverhältnis	110
C. Arbeitsrechtliche Stellung	112
<i>§ 6 Arbeitsvertragliche Grundlagen</i>	112
I. Abschluß, Inhalt und Qualifizierung des Vertrags	112
1) Vertragsschluß, Vertragsinhalt	112
2) Vertragsfreiheit	113
3) Qualifizierung des internen Betriebsbeauftragten als Arbeitnehmer	115
a) Abgrenzungskriterien	115
b) Qualifizierung	117
II. Beziehung zwischen den Parteien	119
1) Treuepflicht als vertragliche Nebenpflicht	120
2) Personenrechtliches Verständnis	122
3) Lehre vom kontradiktorischen Arbeitsverhältnis	124
4) Treue- und Fürsorgeverhältnis aus aktueller Sicht	124
a) Fürsorgepflicht als Korrelat der Unterordnung	124
b) Treuepflicht als Folge der Einordnung	125
5) Zusammenfassung	127
III. Ausweisung als leitender Angestellter	128
IV. Verhältnis zum Betriebsrat	132
1) Beteiligung des Betriebsrats bei der Amtsübertragung	

bzw. -entziehung	132
a) Unterrichtung über Bestellung und Abberufung	132
b) Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen	133
2) Einbeziehung in die Aufgabenerfüllung des Betriebsbeauftragten	136
a) Aufklärungsfunktion des Betriebsbeauftragten	136
b) Einbeziehung durch den Betreiber	137
 § 7 Schutz- und Förderungspflichten des Betreibers	139
I. Beschäftigungs- und Unterstützungspflicht	140
II. Gleichbehandlungsgrundsatz und Benachteiligungsverbot	140
1) Gleichbehandlungsgrundsatz	140
2) Benachteiligungsverbot	140
a) Inhalt, Zielrichtung	140
b) Umsetzung	143
III. Schutz der Belange des Betriebsbeauftragten	144
 § 8 Schutz- und Förderungspflichten des Betriebsbeauftragten	146
I. Verschwiegenheitspflicht	146
1) Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	146
2) Geheimnisschutz gegenüber Betriebsangehörigen	147
3) Anzeige an betriebsexterne Stellen	149
a) Vorgaben	150
b) Interessenabwägung	155
c) Vorgehensweise	158
(1) Selbsthilfe und interner Beschwerdeweg	158
(2) Konsultation sonstiger betrieblicher Stellen	160
(3) Zurückweisung von Direktiven	162
(4) Mögliche betriebsexterne Adressaten	164
d) Entscheidungsspielraum	164
e) Folgen	164
4) Pflicht zur Unterrichtung betriebsexterner Stellen	165
II. Meldung an den Betreiber - Kontrolle anderer Kollegen	166
III. Freiheit der Meinungsäußerung	168
1) Verhalten außerhalb des Dienstes	168
a) Schutzbereich der Meinungsfreiheit	168
b) Meinungsfreiheit des Betriebsbeauftragten	169
2) Teilnahme an der innerbetrieblichen Meinungsbildung	173
IV. Sanktionen bei einem Verstoß gegen Nebenpflichten	174
1) Nachträgliche Reaktionen	174
a) Kündigung	174
(1) Außerordentliche Kündigung	175

(2) Ordentliche Kündigung	178
(3) Kündigung und Bestellung	181
b) Abberufung	182
2) Vorbeugender Rechtsschutz	184
 § 9 Direktionsrecht	186
I. Begriff, Grundlage	186
II. Direktionsrecht über den Betriebsbeauftragten	187
1) Beschränkung der Weisungsbefugnis	187
2) Umfang der Einschränkung	188
III. Anweisung zur Übernahme des Amts des Umweltschutzbeauftragten	191
1) Problemlage	191
2) Zuweisung der Betriebsbeauftragtenstellung	191
3) Zuweisung der Betriebsbeauftragtentätigkeit	193
4) Sanktion bei Nichtbefolgung	195
 § 10 Verantwortlichkeit des Betriebsbeauftragten	196
I. Zivilrechtliche Folgen von Pflichtverletzungen	196
1) Verantwortlichkeit gegenüber dem Betreiber	196
a) Erfüllungsansprüche	197
b) Schadensersatzansprüche	198
2) Verantwortlichkeit gegenüber Dritten	201
a) Vertragliche Haftung	201
b) Deliktische Haftung	203
(1) § 823 I BGB	203
(a) Haftung des Betriebsbeauftragten wegen Verkehrspflichtverletzung	204
(b) Haftung des Arbeitnehmers für mittelbare Rechtsgutsverletzung	211
(c) Beweislastverteilung	213
(2) § 823 II BGB	216
c) Haftungsfreistellung	218
(1) Allgemeine Grundsätze	218
(2) Geltung beim Betriebsbeauftragten	219
d) Haftungsübernahme gemäß §§ 278, 831, 31 BGB	221
(1) Betriebsbeauftragter als Erfüllungsgehilfe	221
(2) Betriebsbeauftragter als Verrichtungsgehilfe	222
(3) Betriebsbeauftragter als Organ	222
II. Exkurs: Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	223
1) Verhaltensform	223
a) Verantwortlichkeit für aktives Handeln	224

b) Verantwortlichkeit für ein Unterlassen	225
2) Kausalitätsfrage	227
III. Schutz des Betriebsbeauftragten	229
1) Begründung	229
2) Einzelne Vorschläge	230
a) Verzicht auf die Einrede nach § 831 I 2 BGB	230
b) Haftungsbegrenzung durch Vereinbarungen oder Erklärungen	231
c) Versicherungsschutz	231
(1) Haftpflichtversicherung	232
(2) Kaskoversicherung	235
(3) Rechtsschutzversicherung	236
IV. Vertretbarkeit des Haftungsmodells	237
1) Vereinbarkeit mit dem Ideal des Betriebsbeauftragten als Organ des Betriebs	237
2) Wettbewerbskonformität des Haftungsmodells	240
3) Durchführung des Genehmigungsverfahrens	242
<i>§ 11 Stellung freiwillig bestellter Betriebsbeauftragter</i>	243
<i>§ 12 Auswertung und Ausblick</i>	244
I. Zusammenfassung	244
II. Bewertung und Ausblick	247
1) Ausbau der Beauftragtenstellung	247
2) Einbeziehung des Betriebsrats	249
3) Verhältnis zur Behörde	251
Literatur	253